

# Wilhelminisches Zeitalter

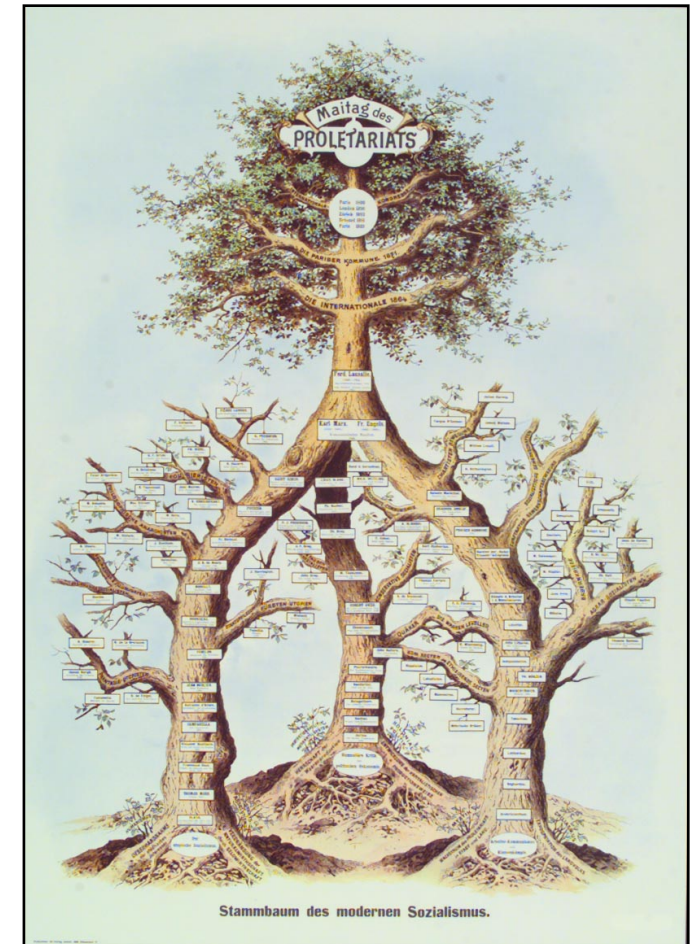
Die Entlassung des Reichskanzlers Otto von Bismarck läutete 1890 eine neue Phase für das Deutsche Kaiserreich ein. Nach der stabilen Bündnispolitik, in der das Kaiserreich als saturiert galt, entfaltete sich in der Wilhelminischen Ära das deutsche Weltmachtstreben und die Suche nach dem „Platz an der Sonne“.



Auch für die deutsche Arbeiterbewegung brach 1890 ein neues Zeitalter an: Mit dem Auslaufen des ‚Sozialistengesetzes‘ wurden die Sozialdemokratie und ihre Anhänger von der Bürde der Illegalität befreit.

Mit der Neugründung und Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) folgte 1891 auf dem Erfurter Parteitag die Verabschiedung eines neuen Programms. In ihm wird der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung betont. Gleichzeitig wird nach wie vor die Forderung nach politischer Macht und konkreten Rechten – wie das allgemeine und gleiche Wahlrecht und der Achtstundentag – bekräftigt.

Die neu gewonnene politische Freiheit verbesserte die Mobilisierungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie, sodass sie bei den folgenden Reichstagswahlen jeweils ihren Stimmenanteil steigern konnte und im Jahr 1912 mit 34,8% zur stärksten Fraktion aufstieg. Doch der Geist der gesellschaftlichen Verbannung wirkte fort: In einer Ära, die geprägt war von militärischen Krisen und einem sich steigenden Nationalgefühl, wurde die Diffamierung von Sozialdemokraten als „Vaterlandslose Gesellen“ zur geläufigen Bezeichnung



und politische Bündnisse der anderen Parteien zum legitimen Mittel, die Macht der SPD zuzubegrenzen. Während eine stärkere Integration der Arbeiterbewegung in Staat und Gesellschaft verhindert wurde, breitete sich insbesondere in Sachsen, Thüringen und Hamburg das sozialdemokratische Arbeitermilieu aus.

Dies war die Ausgangssituation vor Beginn des Ersten Weltkriegs, an dessen Ende es zwei sozialdemokratische Parteien gab: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

(USPD.) Anlaß war die unterschiedliche Haltung zu 1914 beschlossenen Kriegskrediten. Nachdem die SPD, im Einklang mit den Gewerkschaften, noch im Jahr 1914 geschlossen die ersten Kriegskredite gebilligt hatte, kam es fortan zum Konflikt über die Fortführung der Burgfriedenspolitik. Angefangen mit Karl Liebknechts Ablehnung der Kriegskredite schlossen sich in den folgenden Jahren immer mehr sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete seinem Kurs an und wurden deshalb aus der Fraktion ausgeschlossen. Infolgedessen kam es im April 1917 zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), die sich weiter links verordnete als die sogenannten



Mehrheitssozialdemokraten. Den revolutionären Flügel wiederum innerhalb der USPD bildete die Spartakusgruppe – aus der später die KPD hervorging. Neuen Auftrieb bekam dieser Teil der Arbeiterbewegung vom gleichzeitig bröckelnden gesellschaftlichen Burgfrieden: Wilde Streiks und Friedensdemonstrationen erschwerten es der SPD und den Gewerkschaften, ihre Anhänger zu mäßigen. Im Angesicht der sich abzeichnenden militärischen Niederlage kam es im Oktober 1918 zu Matrosenaufständen, die den Sturz der Monarchie einleiteten.

Die Novemberrevolution nahm ihren Lauf, in deren Zuge die Sozialdemokratie zum ersten Mal die politische Macht im Nationalstaat übernahm und sie auf parlamentarisch-demokratische Grundlage stellte.

